

## **Erklärung der Konsultation von Partnerkirchen**

### **Präambel:**

„...damit die Globalisierung dem Leben dient“

Unter dieser Überschrift verabschiedete die Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs am 31.3.2007 anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm eine Erklärung. Mit dieser Erklärung wurde ein Konsultationsprozess zu Globalisierungsfragen mit den Partnerkirchen eröffnet, in dessen Verlauf am 1. Oktober 2009 im Leipziger Missionswerk Vertreter und Vertreterinnen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in der Republik Kasachstan, der Pare-Diözese in der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Tansania, der Süd-Ohio Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika, der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs folgende gemeinsame Ziele für die Mitgliedskirchen, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und die 11. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes 2010 in Stuttgart formuliert haben:

### **Prolog:**

„Denn ich tue nicht, was ich will, sondern was ich hasse, das tue ich.“ (Römer 7, 15b)

Wir sind uns bewusst, dass wir nicht aus eigener Kraft in der Lage sind, die von uns formulierten Ziele zu verwirklichen. Wir vertrauen aber auf die erlösende Kraft des gekreuzigten und auferstandenen Herrn Jesus Christus, der durch uns wirkt. Durch Gottes Gnade und die Führung des Heiligen Geistes haben wir Hoffnung auf eine bessere Zukunft, weil das Reich Gottes in Jesus Christus in der Welt angebrochen ist. Wir bekennen, dass Jesus Christus die Quelle unseres Mutes ist, in Liebe gegenüber Kirche und Gesellschaft auszusprechen, was wir in Fragen der Globalisierung als notwendig erkannt haben. Aus Liebe zu Gott, unseren Nächsten und der ganzen Schöpfung setzen wir uns ein für Menschenwürde und die Bewahrung der Schöpfung im Zeitalter der Globalisierung. Darum geben wir unsere Erklärung ab und beten, dass Gottes Wille geschehe und Gottes Reich komme – auch durch uns.

### **Empfehlungen:**

Angesichts der schwer wiegenden Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, besonders für die Länder des Südens, muss sicher gestellt werden, dass in Zukunft die Finanzwirtschaft wieder der Realwirtschaft dient und dazu beiträgt, den ökologischen Umbau der Weltwirtschaft mit den Prinzipien von Nachhaltigkeit, Rechenschaftspflicht, Demokratie und Transparenz voranzutreiben. Die Kosten der Finanzkrise sollten insbesondere vom Finanzsektor getragen werden.

Ein wirksames Instrument kann dabei die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sein, wie sie von verschiedenen europäischen Regierungen zurzeit gefordert wird.

Bonuszahlungen sind eine unbegründete Bevorzugung weniger Berufsgruppen. Wir lehnen sie deshalb als unmoralisch ab und fordern ihre Abschaffung.

Als Kirchen müssen wir in Zukunft darauf achten, auch mit unseren eigenen Geldanlagen den ökologischen Umbau der Wirtschaft zu fördern.

Kirchliches Beschaffungswesen muss darauf ausgerichtet sein, dass die Bedingungen in den Produktionsbetrieben ökologischen und sozialen Standards genügen.

Darüber hinaus ist es unerlässlich, dass solche Standards auch international verankert und durchgesetzt werden.

Der fortschreitende Klimawandel zerstört in erschreckendem Umfang die Lebensgrundlagen der Menschheit. Deshalb ist es unbedingt erforderlich, die Energiewirtschaft auf regenerative Energien umzustellen, ohne dass sie in Konkurrenz zur Erzeugung von Nahrungsmitteln tritt. Atomenergie ist keine verantwortbare Alternative – auch weil die ungeklärte Endlagerung der radioaktiven Abfälle eine Bedrohung der Menschheit darstellt.

Um auch in den Ländern des Südens Solarenergie für jedermann zugänglich und bezahlbar machen zu können, muss das Problem effektiver Stromspeicherung dringend gelöst werden. Gemäß dem Verursacherprinzip müssen die Industrieländer verpflichtet werden, die notwendigen Anpassungsmaßnahmen an die inzwischen unvermeidbaren Folgeschäden des Klimawandels in Entwicklungsländern zusätzlich zu den vorhandenen Entwicklungsbudgets zu finanzieren.

Im Rahmen einer weltweiten Migrationspolitik ist die Aufnahme von Flüchtlingen völkerrechtlich zu verankern, die ihre Heimat aufgrund von Umweltverschlechterungen verlassen müssen, die durch den Klimawandel verursacht werden.

Die Erfahrungen aus Kasachstan (Aralsee), Südwest-USA (Lake Mead) und Tansania (Viktoriasee und der schmelzende Gletscher des Kilimanjaro) machen beispielhaft deutlich, dass auch ein effektiver Schutz von Binnenseen und Flusssystemen vor exzessiver Nutzung international durchzusetzen ist.

Zur Stärkung des Umweltbewusstseins können die Kirchen in den industrialisierten Ländern beitragen, indem sie für ihren CO<sub>2</sub> – Ausstoß Ausgleichszahlungen leisten, mit denen Projekte in ihren Partnerkirchen finanziert werden.

Unsere besondere Aufgabe als Christinnen und Christen sehen wir darin, unseren eigenen Lebensstil so zu entwickeln, dass wir den Verbrauch von Rohstoffen reduzieren, die Schöpfung bewahren und auch durch die Beförderung von Bildung und Kultur dauerhaft ein gutes Leben für alle Menschen auf der Erde ermöglichen.